

Aktuell

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **NIKE-Bulletin**

Band (Jahr): **18 (2003)**

Heft 4: **Bulletin**

PDF erstellt am: **24.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kürzungen im Bereich Heimatschutz und Denkmalpflege im Bundesamt für Kultur für die Jahre 2004–2007

Die inoffiziell angekündigten Budgetkürzungen im Bundesamt für Kultur im Bereich Heimatschutz und Denkmalpflege wurden anlässlich des Filmfestivals von Locarno von offizieller Seite bestätigt (Interviews mit Bundespräsident Pascal Couchepin in verschiedenen Tageszeitungen zwischen dem 11. und 15. August 2003, s. a. Rubrik «Presse» unter www.nike-kultur.ch).

Die angekündigten Kredit-Verschiebungen im Bundesamt für Kultur sind Bestandteile der Debatte um das Entlastungsprogramm 2003 und wurden in der Herbstsession des eidg. Parlaments im Rahmen der Globalbudgets behandelt. Bei der Verabschiedung globaler Budgets drohen jedoch wichtige «Details» – wie Budgetverschiebungen in einzelnen Bereichen – unterzugehen.

Die Detailberatungen des Budgets für das Jahr 2004 finden erst in der Wintersession, ab 1. Dezember 2003, statt; Ende Oktober und Anfang November 2003 wurden sie aber in den entsprechenden Finanzkommissionen vorbehandelt (National- und Ständerat).

Argumentarium mit aktualisierten Zahlen (Stand Oktober 2003)

1. Die Bundesverfassung schreibt der Eidgenossenschaft zwingend vor, die kulturelle Vielfalt des Landes zu fördern (Art. 2 BV).
2. Für die Kultur sind die Kantone zuständig. Der Bund kann kulturelle Bestrebungen von gesamtschweizerischem Interesse fördern und berücksichtigt dabei die kulturelle und sprachliche Vielfalt des Landes (Art. 69 BV).
3. Die Schweiz hat internationale Konventionen zum Schutz ihres kulturellen Erbes ratifiziert und sich verpflichtet, diese Vereinbarungen einzuhalten (u. a. 1985 Granada-Konvention des Europarates zum Schutz des bauschichtlichen Erbes, 1992 Malta-

Konvention zum Schutz des archäologischen Erbes).

4. Das Bundesamt für Kultur wird in den kommenden Jahren verschiedene neue Aufgaben von gesamtschweizerischem Interesse übernehmen oder ausbauen: so u. a. die Förderung des Filmschaffens und des Tanzes, die Garantie der sozialen Sicherheit von Künstlerinnen und Künstlern, die Bekämpfung des Illetrismus/Sprachengesetz sowie die Förderung der neuen digitalen (Internet-) Kunstformen um nur einige zu nennen.

Das Bundesamt für Kultur will – als Schwerpunkt – das Schweizer Filmschaffen vermehrt fördern: von heute 33,5 Mio. Fr. soll die Filmförderung in den nächsten vier Jahren auf 38 Mio. Fr. anwachsen, d.h. kumuliert also um rund 13 Mio. Fr. wachsen. Der Bundesrat hat diesen Sommer beschlossen, die neuen Aufgaben und Schwerpunkte durch Zurücknahme bisheriger Förderaktivitäten zu finanzieren. An vorderster Front stehen die Kürzungen im Bereich Heimatschutz und Denkmalpflege.

5. Die Budgets der Sektion Heimatschutz und Denkmalpflege des Bundesamtes für Kultur in der Übersicht:

1998:	38,5 Mio. Fr.
2000:	37,1 Mio. Fr.
2003:	36,4 Mio. Fr.
2007:	26,9 Mio. Fr.

Die Übersicht zeigt: innerhalb von 10 Jahren wird das Budget im Bereich Heimatschutz und Denkmalpflege im Bundesamt für Kultur um über 11,6 Mio. Fr. gekürzt. Kumuliert sind dies für die nächsten Jahre drastische Einsparungen in der Höhe von 22,5 Mio. Fr.

Dem steht in den Jahren von 1998 bis 2003 eine Teuerung im Baugewerbe von bis zu 16 % gegenüber: real sind also bis heute, rein durch die Teuerung bedingt, bei gleich bleibendem Budget die Unterstützungen um rund ein Sechstel geschrumpft.

6. Argumentiert wird mit einer reinen Verlangsamung bei Restaurierungen unseres gebauten Erbes.

Dies ist ein Trugschluss: jedes Objekt braucht eine kontinuierliche Pflege! Jede Unterlassung wird sich später rächen, vernachlässigte Kulturgüter sind oft unrettbar verloren oder müssen später mit einem weit grösseren finanziellen Aufwand gerettet werden.

7. Ausfallende Bundesbeiträge führen aufgrund des Subsidiaritätsprinzips zu ausfallenden Kantons- und Gemeindebeiträgen. Dies führt zu einem überproportionalen Abbau in der Erhaltung unserer gebauten Kultur.

Viele Kantone und Gemeinden können sich erst an eine Restaurierung wagen, wenn der Bund seine Beiträge in Aussicht gestellt hat, ja in vielen Kantonen und Gemeinden ist die Zusage von Bundesgeldern erst der auslösende Impuls für die Inangriffnahme einer Restaurierung.

Diese Aussage gilt in noch höherem Masse für Vergabestiftungen: die Zusage von Bundesgeldern bedeutet für privatrechtliche Stiftungen so etwas wie das «Güte-Siegel» und sind auch hier oft erst der Auslöser für eine finanzielle Beteiligung.

8. Der entstehende wirtschaftliche Schaden ist enorm. Studien in der Schweiz und im benachbarten Ausland zeigen, dass jeder Subventionsfranken der öffentlichen Hand, welcher in die Denkmalpflege investiert wird, sieben bis neun weitere Franken an Investitionen auslöst.

9. Diese Investitions-Ausfälle gehen vorwiegend zu Lasten der kleinen und mittleren Unternehmen, die von Aufträgen aus Denkmalpflege und Heimatschutz leben. In der Denkmalpflege ist qualifiziertes Handwerk und fachspezifisches Wissen gefragt: dieses findet sich in KMU's.

10. Eine für die Schweizer Wirtschaft enorm wichtige Branche ist auf eine intakte Kulturlandschaft angewiesen: der Tourismus. Das wichtigste Kapital des Schweizer Tourismus ist die intakte Kulturlandschaft mit ihrem baulichen Erbe. Eine Verlangsamung oder

gar die drohende Sistierung anstehender Renovationen und der kontinuierlichen Pflege führen zu irreversiblen Verlusten für kommende Generationen.

11. Einseitige Fördermassnahmen zugunsten einzelner Kunst- und Kultursparten setzen ein falsches gesellschaftliches Zeichen: die Kunst und Kultur der Schweiz ist in ihrer ganzen Vielfalt zu fördern – diese Vielfalt macht die Schweiz aus, diese Vielfalt ist Grundlage unserer Existenz.
12. Es kann – auch bei angespannter Lage der Bundesfinanzen – nicht angehen, einzelne Kunst- und Kultursparten von nationalem Interesse gegeneinander auszuspielen, wie dies nun in der Benachteiligung des Bereichs Heimatschutz und Denkmalpflege zugunsten neuer Schwerpunkte geplant ist.
13. Die Anerkennung und die Gewichtung eines «gesamtschweizerischen Interesses» bei der Erhaltung des baulichen Erbes und deren Ausstattung mit entsprechenden Finanzmitteln ist Sache des eidgenössischen Parlaments. Diese politische Diskussion hat noch nicht stattgefunden. Sie muss unbedingt folgen!

Réductions budgétaires dans le domaine du patrimoine culturel et des monuments historiques à l'Office fédéral de la culture pour la période 2004–2007

Les réductions budgétaires, révélées jusqu'à présent de source officielle, au sein de l'Office fédéral de la culture et concernant le domaine du patrimoine culturel et des monuments historiques ont officiellement été confirmées à l'occasion du Festival du film de Locarno (entretiens avec le président de la Confédération Pascal Couchepin dans différents quotidiens le 11 et le 15 août 2003, à lire dans la rubrique «Presse» à l'adresse www.nike-kultur.ch).

Les ajournements de crédits annoncés à l'Office fédéral de la culture font partie des sujets qui entrent dans les débats sur le Programme de délestage 2003 et ont été traités au cours de la session d'automne du Parlement fédéral dans le cadre des budgets globaux. Lors de l'adoption des budgets globaux, on risque de pas prendre en considération des «détails» importants comme les ajournements de budgets dans certains domaines.

Les consultations de détails pour l'élaboration du budget pour 2004 n'auront lieu qu'au cours de la session d'hiver, à partir du 1er décembre 2003, mais feront l'objet de discussions fin octobre et début novembre au sein des différentes commissions des finances (Conseil national et Conseil des Etats).

Argumentation sur la base de chiffres actualisés (octobre 2003)

1. De par la Constitution fédérale, la Confédération est obligée de favoriser la diversité culturelle du pays (Art. 2 CF)
2. La culture est du ressort des cantons. La Confédération peut promouvoir les activités culturelles présentant un intérêt national et ce faisant tient compte de la diversité culturelle et linguistique du pays (Art. 69 CF)
3. La Suisse a ratifié des conventions internationales sur la protection

du patrimoine culturel et s'est engagée à respecter ces accords (entre autres en 1985 la Convention de Grenade du Conseil de l'Europe sur la protection du patrimoine architectural ou en 1992 la Convention de Malte sur la protection du patrimoine archéologique).

4. L'Office fédéral de la culture va, au cours des prochaines années, entreprendre ou développer diverses tâches nouvelles d'intérêt national comme par exemple la promotion de la création cinématographique et de la danse, la garantie de la sécurité sociale pour les artistes, la lutte contre l'illettrisme /Loi sur les langues et la promotion des nouvelles formes artistiques numériques (Internet) pour n'en citer que quelques unes.

L'Office fédéral de la culture veut encourager en priorité la création cinématographique suisse: le budget de la promotion cinématographique qui est actuellement de 33,5 millions de francs doit passer au cours des quatre prochaines années à 38 millions de francs ce qui, par processus cumulatif, correspond à une augmentation d'environ 13 millions de francs.

Le Conseil fédéral a décidé cet été de financer les nouvelles tâches et priorités grâce à l'annulation d'activités de promotion exercées jusqu'à présent. En première ligne, on trouve les réductions budgétaires dans le domaine du patrimoine culturel et des monuments historiques.

5. Les budgets de la section Patrimoine culturel et Monuments historiques de l'Office fédéral de la culture en résumé:

1998: 38,5 millions de francs

2000: 37,1 millions de francs

2003: 36,4 millions de francs

2007: 26,9 millions de francs

Ces chiffres montrent qu'en 10 ans le budget dans le domaine Protection du patrimoine et Monuments historiques de l'Office fédéral de la culture a été réduit de plus 11,6 millions de francs. Par processus cumulatif, cela représente pour les prochaines années des économies draconiennes d'un montant de 22,5 millions de francs.

A cela s'ajoute, de 1998 à 2003, un renchérissement dans l'industrie du bâtiment allant jusqu'à 16% ce qui signifie donc en réalité que, pour la même période de temps, en disposant du même budget, les aides financières ont diminué d'un sixième uniquement à cause du renchérissement.

6. On argumente en proposant un simple ralentissement des restaurations de notre patrimoine bâti: c'est un mauvais calcul car chaque objet nécessite un entretien continu. Chaque négligence peut avoir des conséquences fatales, les biens culturels négligés sont souvent perdus à jamais ou doivent plus tard faire l'objet de mesures au coût financier beaucoup plus élevé.
7. Les subventions fédérales manquantes ont pour conséquences, selon le principe de complémentarité, l'absence de subventions cantonales et communales. Cela mène à une réduction sur-proportionnelle de la conservation de notre patrimoine bâti. Nombreux sont les cantons et les communes qui ne se risqueront à entreprendre une restauration que si la Confédération promet des subventions. Car c'est un fait, dans beaucoup de cantons et de communes, ce n'est que lorsque les subventions fédérales sont assurées que le mécanisme se met en route pour la mise en chantier d'une restauration. Cette constatation est surtout valable pour les fondations donatrices: l'octroi de subventions fédérales ont pour les fondations de droit privé la valeur d'un «label de qualité» et sont souvent à l'origine de participation financière.
8. Les dommages économiques qui en découlent sont énormes. Des études réalisées en Suisse et dans les pays voisins montrent que chaque franc de subvention accordé par les pouvoirs publics investi dans la conservation des monuments historiques engendre de sept à neuf francs d'investissement.
9. Ces investissements manquants touchent plus particulièrement les petites et moyennes entreprises

qui vivent des travaux que leur confient la protection du patrimoine et la conservation des monuments historiques. La conservation des monuments historiques nécessite un travail artisanal qualifié et des connaissances très spécifiques: les PME sont en mesure de fournir ce genre de travail.

10. Un domaine très important de l'industrie suisse dépend d'un paysage culturel intact: le tourisme. Le principal capital du tourisme suisse est son paysage culturel intact et son patrimoine architectural. Un ralentissement ou même une interruption menaçante des rénovations nécessaires et de l'entretien régulier auraient très rapidement des conséquences visibles et irréparables.
11. Des mesures de promotion exclusives en faveur de certaines disciplines artistiques et culturelles représentent une orientation négative pour notre société: l'art et la culture de la Suisse doivent être encouragés dans leur diversité, cette diversité est la Suisse, cette diversité est la base de notre existence.
12. Même la situation difficile des finances fédérales ne peut en aucun cas justifier que l'on favorise certains domaines artistiques et culturels au détriment d'autres comme il est prévu de le faire en encourageant de nouveaux domaines au préjudice de la protection du patrimoine et de la conservation des monuments historiques.
13. La reconnaissance et la déclaration «d'intérêt national» et donc l'octroi des moyens financiers correspondant pour la conservation du patrimoine bâti et de ses équipements sont du ressort du Parlement fédéral.

Cette discussion politique n'a pas encore eu lieu.

Elle doit absolument se produire!